

Waffenstillstand durchsetzen das Land und während die Lebensmittelmagazine, während der neuerschaffenen Nationalrat in Feldbach tagt. Bessarabische Truppen, die von der Front zurückgezogen sind, drängen auf Schweizer Boden. Schweizerischerseits wurden in den letzten Tagen zwei Landsturmbataillone aufgebildet. Um der Gefahr weiterer Einfalls auf Schweizer Gebiete vorzubeugen, beschloß die Schweizer Heeresleitung die Verstärkung des Grenzsoldates.

Zum bevorstehenden Waffenstillstand.

Verhandlungen eines englischen Ministers.
Bei einem Festessen der amerikanischen Journalisten in London, hielt der Staatssekretär des Aeußeren Lord Robert Cecil eine Rede, in der er sagte, was die Bedingungen des Waffenstillstandes mit Deutschland betreffen, habe man es mit einem Feinde zu tun, der durch Wort und Tat gezeigt habe, daß er sich nicht um die Heiligkeit des gegebenen Wortes kümmere, und die Tatsache müsse die Alliierten dauernd in ihren Handlungen leiten. „So wie Wilson bereits gesagt habe,“ sagte Lord Cecil, „müssen wir für den Waffenstillstand Bedingungen stellen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verhindern, und beim Aufstellen der Forderungen dürfen wir uns nicht auf die Worte deutscher Staatsmänner stützen, sondern auf genügend materielle Garantien.“ Bezüglich der Frage, was nach dem Sie zu tun sei, sagte Cecil, daß die Verantwortung nicht auf den Staatsmännern und Ministern ruhe, sondern auf den Völkern zweier großer Nationen, die heute bei diesem Festessen vertreten seien. Er unterschiebe die Aktionen der Bundesgenossen nicht, die Zukunft der Welt würde aber zum größten Teil davon abhängen, was die zwei englisch sprechenden Völker zu tun beschließen, wenn der Sieg erzielt sein werde. Auf ihnen ruhe der größte Teil der Verantwortung bei der definitiven Lösung dieses großen Weltkonfliktes.

Ministerpräsident Clemenceau
äußerte sich in der französischen Kammer ähnlich. Er teilte mit, daß der Zweck der Waffenstillstandsbedingungen der sei, den Feind derartig zu entwaffnen, daß die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen können. Er sprach dann von den Aufgaben für die Zeit nach dem Kriege. Alle Alliierten, die während den Krieges in enger Wassergemeinschaft verbunden waren, wollen ihr Bündnis im Frieden aufrecht erhalten.“ Die Kammer spendete dem Redner stürmischen Beifall.

Das Kriegsende.
Die „Londoner Times“ veröffentlicht eine Meldung aus dem Kriegsamt, daß neue Einberufungen in England bis auf weiteres nicht mehr stattfinden und daß die Regierung den Abschluß des Krieges für die letzte Novemberwoche erhofft.

Clemenceau „Homme libre“ schreibt, daß der Friede nur noch eine Frage von wenigen Wochen, vielleicht von Tagen, sei. Die Friedensbedingungen der Entente lägen bereits in höchst Hauptquartier vor. Der Friede werde ohne Annexionen und ohne Vernichtung der Lebensinteressen des großen deutschen Volkes abgeschlossen.

Die feindlichen Entschädigungsansprüche.
Ententefachverständige schätzen den Wert der deutschen Bergwerke auf 200 Milliarden Pfund Sterling, das sind 4000 Milliarden Mark. Sie sind der Ansicht, daß auf dieser Grundlage die Leistung von Entschädigung durch Deutschland in jeder Höhe möglich sei.

Frankreich will vergessen.
Der Pariser Temps meldet: In der letzten Sitzung der Versämler Kriegskonferenz hielt Clemenceau das Schlusswort. Er sprach die Hoffnung aus, daß die festgelegten Waffenstillstands- und Friedensbedingungen ein ferneres Zusammenarbeiten der europäischen Mächte, einschließlich der letzten Segner, herbeiführen möchten. Frankreich sei entschlossen, zu vergessen, wenn der Friede ihm Gerechtigkeit und Genugtuung bringe.

Die französischen Sozialisten.
Die französische Presse beginnt in energischer Weise für die Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz und für die Einführung der Sozialisten auf die künftige Gestaltung des Friedens einzustreiten. Populäre und Humanität erklären, daß die Sozialisten unbedingt ein Wort bei den Friedensverhandlungen, die nicht auf einen Gewaltfrieden hinauslaufen dürften, mitzusprechen müßten. Der Sozialistenverband des Seine-Departements beschloß, eine große Propagandakompagnie gegen die Kriegshetze zu unternehmen und in ganz Paris Versammlungen abzuhalten. Der Vorstand der Sozialistenpartei schloß sich dem an.

Zur inneren Lage.

Neue Forderungen der Sozialdemokraten.
In der am Mittwoch nachmittag abgehaltenen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahmen auch die Mitglieder des Parteiaussschusses teil. Es wurde, Berliner Blättern zufolge, die Erhebung folgender Forderungen beschlossen:
1. Sofortiger Waffenstillstand.
2. Amnestie auch für militärische Vergehen.
3. Unverzügliche Demokratisierung der Regierung und Verwaltung auch in Preußen und allen anderen Bundesstaaten.
Die Parteileitung wurde ferner beauftragt, dem Reichstagsrat mitzutellen, daß Parteiaussschuß und Reichstagsfraktion die von der Parteileitung in der Kaiserfrage getroffenen Schritte billigen und die schleunigste Erfüllung dieser Forderungen verlangen.
Wahrscheinlich handelt es sich um die Forderung der Abkündigung des Kaisers.

Der heutige Kriegsbericht.

(Kritisch.) Großes Hauptquartier, 8. November.
Westliches Kriegsschauplatz.
Der Franzose, der sich nordöstlich von Oudenaarde erneut auf dem östlichen Scheideufer festsetzte, wurde im Gegenangriff wieder über den Fluß gemorren. Zwischen der Scheide und der Maas haben sich die Bewegungen in letzter Nacht plangemäß weitergeführt. Vor unseren neuen Stützpunkten entwickelten sich Nachhutkämpfe, die südlich der Straße Balenecennes-Mons an der Sambre nördlich von Wesnes und auf den Maasböden südwestlich von Sedan größeren Umfang annahmen. Sie endeten überall mit der Abwehr des Segners. Der Feind stand am Abend südlich von Sabat, nördlich von Signy-1'Abbaye, bei Bois Terton und auf den Maasböden südwestlich von Sedan. Westlich der Maas Teilkämpfe in dem Waldgelände westlich von Vincerville.
Der Erste Generalquartiermeister Groener.

Das neue bayerische Ministerium.
Das neue Ministerium in Bayern wird nach einer Vereinbarung der Parteien folgende endgültige Zusammensetzung aufweisen:
Minister des Aeußeren und Vorsitzender im Ministerrat: v. Dandl, Minister des Innern: v. Bretzsch, Finanzen: Sped (Zentrum), Justiz: v. Caspary (Liberal), Verkehr: v. Franke (Zentrum), Kultus: v. Knilling, Minister für soziale Fürsorge: Segitz (Sozialdemokrat), Kriegsminister: v. Heilingersdörfer (Liberal), Minister ohne Portefeuille: v. Heilingersdörfer (Liberal), Reichstagsabgeordneter Müller-Weitzing, das Zentrum Feld, die Sozialdemokraten Hoffmann (Kaiserlautern).

Die Kammer der Abgeordneten hat einstimmig den Gesetzentwurf angenommen, demzufolge ermächtigt wird, daß Abgeordnete, die in die Regierung eintreten, ihr Mandat beibehalten können. Der Kammer ist ferner folgender Gesetzentwurf zugegangen: „Strafverfahren wegen Handlungen, die während des Krieges begangen sind, können im Wege der Gnade niedergeschlagen werden. Das Gleiche gilt für Vergehen, die noch vor dem Kriege begangen sind und deren Verfahren noch nicht zu Ende geführt ist.“

Zusammenschluß der Liberalen in Bayern.
In Augsburg haben die Liberalen als erste bayerische Organisation der geplanten Zusammenfassung aller Liberalen und deutschfreisinnigen Kräfte Bayerns zu einer einheitlichen Landespartei bzw. Deutschen Volkspartei einstimmig zugestimmt.

Ministerkrise in Oldenburg?
Bei einer interfraktionellen Besprechung, die im Oldenburgischen Landtag stattfand, verlangte der Ausschuß einstimmig vom Minister Ruffkat, daß der Landtag von dem Minister die gleiche Verantwortung verlange, wie der Großherzog sie von ihm verlange. Der Landtag wüßte ferner drei Minister zu ernennen, der Großherzog könne zwei ernennen. Da der Minister die geforderte Erklärung nicht abgeben wollte, verließ er die Sitzung. Der Rücktritt des Kabinets ist wahrscheinlich.

Rücktritt des Ministeriums in Weimar.
Das gesamte weimariische Staatsministerium demissionierte. Der Großherzog hat die Demission angenommen und betraute das Ministerium mit der Weiterführung der Geschäfte bis zu den Neuwahlen. Es soll dann ein Ministerium aus Volksvertretern gebildet werden.

Der Eid auf die Verfassung.
Wie die „Mensch. N. Nachr.“ mitteilen, wurde in einer geschlossenen Mitgliederversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei München, die sich mit der gegenwärtigen politischen Lage beschäftigte, ein Antrag angenommen, wonach die Verteidigung des Heeres auf die Verfassung verlangt wird.

Reformen in Hessen und Braunschweig.
Die zweite heftige Kammer nahm den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Artikel 15 und 16, Absatz 4 des Wahlgesetzes an, die dem Eintritt von Parlamentariern in die Regierung entgegenstehen, und eine Ergänzung des Artikels 15 der Verfassung, der den aus dem Parlamente zu nehmenden Ministern in der bisherigen Verfassung das Stimmrecht vorenthalten würde.

Nach dem Vorbilde im Reich haben sich die sozialdemokratische Partei, die Fortschrittliche Volkspartei, die Zentrumspartei und die vaterländischen (welfischen) Vereine des Herzogtums Braunschweig zu einem Ausschuß der Reichsparteien zusammengeschlossen, mit dem Ziel, sich auch im Herzogtum Braunschweig zu einer Politik des Fortschritts die Hand zu bieten.

Das gleiche Wahlrecht für Frauen.
Die Bremer Bürgerchaft hat die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer beschlossen. Abgelehnt wurde das von sozialistischer Seite verlangte Wahlrecht von Frauen.

Die nächsten Reichstagskammern.
Präsident Fehrenbach hatte für gestern alle Fraktionvorsitzenden zu sich eingeladen. Er wird ihnen vorschlagen, die nächste Reichstagskammern am kommenden Mittwoch abzuhalten und neben der allgemeinen politischen Aussprache die neuen Kriegskredite und das Ermächtigungsgesetz für die Uebergangswirtschaft zu beraten. Der Präsident rechnet mit einer Tagung von drei Sitzungen.

Verfallungsverbot.
Wie verlautet, sind die Versammlungen, die von den Berliner „Unabhängigen“ für gestern aus Anlaß des Jahrestages der russischen Revolution einberufen waren, verboten worden.

Bestrebungen auf Vereinigung der russischen Parteien.
Sechzehn bürgerliche Abgeordnete des Landtages von Reuß i. A. haben dem Staatsministerium eine Entschlossenheit unterbreitet, die eine Anzahl Wünsche enthält, die sich auf die politische Neuordnung beziehen. U. a. wird verlangt, daß mit allen dem Landesherren und der Regierung zu Gebote stehenden Mitteln eine Vereinigung der beiden Fürstentümer Reuß i. A. und Reuß a. O. herbeizuführen ist. Ebenso soll Sorge dafür getragen werden, daß in den Thüringischen Bundesstaaten die Gesetzgebung und Verwaltung durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinheitlicht und eine großzügige Grenzverbesserung in die Wege geleitet wird.

Die Umtriebe der russischen Botschaft in Berlin.

Der Aftenfund.
Wir haben bereits gestern mitgeteilt, durch welchen Zufall man die von der verflorenen russischen Botschaft in Berlin betriebene bolschewistische Agitation entdeckt hat. Von einer Sendung von für die Botschaft bestimmten Briefen wurde eine Riste bei der Ankunft am Bahnhofe beschlagnahmt. Es entfielen ihr Papiere, man forschte nach und man fand eine Menge von aufreizenden Flugblättern. Das „B. Z.“ teilt darüber mit: Es befand sich in der Riste eine Flugchrift Karl Rabels: „Der Zusammenbruch des Imperialismus und die Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse.“ Es handelt sich dabei um eine Rede, die Rabel am 7. Oktober d. J. im Moskauer Sommetheater gehalten hat. Ein weiteres Flugblatt beschuldigt die deutsche Regierung einer schwindelhaften Friedensoffensive und beschimpft auch sonst die deutsche Regierung. Dieses Flugblatt wurde bezeichneterweise gerade in den letzten Wochen in den Dairlerwerken in Stuttgart in zahlreichen Exemplaren verteilt. Ein weiteres Flugblatt: „Bittert ihr Blut- und Volksmörder“, fordert zur Ermordung aller Richter auf: es wehret sich vor allem an die Soldaten.

Da ist es dann kein Wunder, daß mit dem Herrn Botschaftler Hoffe kurzer Prozeß gemacht wurde. Man hätte ihm aber schon von allem Anfang an schärfer auf die Finger sehen müssen. Viel Unheil wäre dadurch verhütet worden. Wir halten es auch nicht für ausgeschlossen, daß die Flugblätter der Botschaft eine gewisse Mitschuld an den traurigen Ereignissen in Kiel, Hamburg und Lübeck tragen.

Aufhebung eines neuen Bolschewistenrestes.
In Düsseldorf ist ein bolschewistisches Nest aufgehoben. Ein Herr Swanow und eine Frau Wolfenstein, angeblich aus Galizien, hatten eine größere Wohnung gemietet, um eine russische Telegraphenagentur zu betreiben. Es handelte sich aber zweifellos um eine Stelle für bolschewistische Propaganda. Das Nest ist von dieser Stelle ausgehoben worden. Es steht fest, daß von dieser Stelle aus die aufreizenden Flugblätter ausgegangen, die in den letzten Tagen in Essen verbreitet worden sind. Außer den beiden genannten ist noch ein Mann verhaftet worden, der mit ihnen in Verbindung stand. Da er jede Auskunft über sich verweigert, konnte seine Persönlichkeit bisher noch nicht festgestellt werden.

Gegen die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten.
Der Oberstkommandierende in den Marken (Berlin) Generaloberst v. Dinslingen macht bekannt: In gewissen Kreisen besteht die Absicht, unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Muster zu bilden. Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit. Ich verbiete auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand jede Bildung solcher Vereinigungen und die Teilnahme daran.

Die Hoffnung auf einen Weltbolschewismus.
„Nieuwe Rotterd. Cour.“ schreibt: In Moskau sieht man die Ereignisse der letzten Wochen als Vorzeichen des Weltbolschewismus an. Die Sowjetrepublik ist auf einem Trümmerhaufen entstanden und besitzt dem Auslande gegenüber keine wirkliche Macht. Wenn auf dem Trümmerhaufen der baboburgischen Monarchie und des Deutschen Reiches derartige Sowjetrepubliken entstanden, könnten diese sich wohl mit dem russischen Bolschewismus verbünden.

Englands Vorgehen gegen den Bolschewismus.
Nach dem „Nieuwe Rotterd. Cour.“ schreibt „Manchester Guardian“ über die Oesterreich und der Türkei auferlegten Bedingungen, daß die Entente, wenn ihre Truppenteile die österreichisch-ungarischen und türkischen Staatsgebiete besetzen würden, sie der russischen Frage ernste Aufmerksamkeit widmen wollten, da der Bolschewismus sich über die russischen Grenzen ausbreitet und epidemisch zu werden scheint.

Auch Holland bezieht sich mit den Bolschewisten.
Auch einer Moskauer drahtlosen Meldung hat, nachdem die holländische Regierung sich geweigert hat, einen Gesandten der Sowjetregierung zu empfangen, der holländische Gesandte in Moskau erklärt, daß er die russische Regierung gebeten habe, ihm einen Zug zur Heimreise zur Verfügung zu stellen. Die Sowjetregierung erblickt darin Hollands Absicht, mit ihr zu brechen.

Der Flugblattsmuggel nach Deutschland.
Von der Minister Demarkationslinie wurde, wie die „Altaischen Mitteilungen“ melden, ein aus Rußland kommender Waggon mit bolschewistischen Flugblättern bei dem Versuch, heimlich über die Grenze zu kommen, gefaßt. Unter den Begleitern des Wagens befanden sich auch einige Verfasser der Flugblätter, die jetzt ihrer Bestrafung entgegensehen.

Vertretung der russischen Interessen.
Die Wahrung der russischen Interessen in Deutschland wird voraussichtlich die schwedische Gesandtschaft übernehmen, ebenso diejenige der Deutschen in Rußland die schwedische Mission in Rußland.